

# Asyl in Talebanistan

von Thomas Ruttig

Von Afghanistan aus koordiniert der Saudi Usama Bin Laden die islamistische Terror-Internationale

Jalalabad ist nicht gerade ein Pflaster für Milliardäre. Die verschlafene Provinzstadt im Osten Afghanistans hat außer dem atemberaubenden Blick auf die bis weit ins Frühjahr hinein schneebedeckten Gipfel der Spinghar-Kette, die hinter Zuckerrohrfeldern und Zitrushänen aufragt, wenig zu bieten. Auch seine zwei Sehenswürdigkeiten verdankt es dem subtropischen Klima, in das die afghanischen Könige mit ihrem Hofstaat auswichen, wenn es ihnen in der Hauptstadt Kabul zu kalt wurde: die Grabmoschee des Reformkönigs Amanullah und eben den königlichen Winterpalast, dessen Pracht die der Wandlitzer Politbüro-siedlung allerdings kaum übersteigt.

Aber auch die Nähe zur pakistanischen Grenze, die hier der sagenhafte Khaiber-Paß passiert, übt Anziehungskraft aus. Jalalabad profitiert vom offiziellen Handel und noch mehr von einer besonderen Art des Schmuggel, der Einfuhr meist elektronischer Luxusartikel aus den Golfstaaten durch das "Transitland" Pakistan, wo die Waren meist aber hängenbleiben - ohne Einfuhrzölle, versteht sich. Daß man von hier aus ganz schnell wieder in Pakistan ist, schätzen auch die westlichen Hilfsorganisationen, die unter unsicheren Bedingungen in Afghanistan arbeiten und häufig Büros in Jalalabad unterhalten.

Auch einer der reichsten Männer Saudi-Arabiens lebt hier, etwas außerhalb, in einer stacheldrahtbewehrten Zeltsiedlung: Usama Bin Laden. Der 42jährige Sohn eines steinreichen Bau- und Transportunternehmers und Stütze des Königshauses von Riad genießt einen weiteren Vorzug Jalalabads. Die Stadt ist seit Ende 1996 Taleban-Land. Zum Ehrenkodex der ultraislamistischen Koranschüler meist paschtunischer Nationalität gehört es, jedem Gast - und sei er ein Feind - Aufnahme und Schutz vor seinen Verfolgern zu bieten, wenn er darum bittet. Zwar ist Bin Laden kein Feind, er soll sogar zu den wichtigsten Financiers der Taleban gehören. Aber trotzdem läßt er sich von 300 bewaffneten Arabern bewachen, berichtete der Korrespondent des Londoner 'Independent', der als erster in dessen derzeitiges Domizil vordringen konnte. Dieses Personal gehörte zu den einst 15.000 bis 30.000 Algeriern, Ägyptern, Palästinensern, Jemeniten und Angehörigen anderer islamischer Staa-

ten, die ab 1979 als Freiwillige gegen die sowjetischen Besatzer kämpften.

Allein auf die Taleban kann sich Bin Laden auch nicht verlassen, denn er wird von den Geheimdiensten eines halben Dutzends Länder gejagt. Seit der Verhaftung des Unabombers und der Verurteilung des blinden Islamisten-Scheichs Omar Abdurrahman, des geistigen Urhebers des Bombenanschlags auf das 'World Trade Centre' 1993 in New York, ist der abtrünnige Saudi Staatsfeind Nr. 1 der USA. Dort werden ihm die beiden Autobombenanschläge auf US-Militäreinrichtungen in saudischen Städten zur Last gelegt, bei denen 1995 und 1996 insgesamt 31 Menschen getötet wurden, darunter 26 US-Amerikaner. Jetzt, mit den Botschaftsanschlägen von Nairobi und Daressalam, sind möglicherweise zwei neue hinzugekommen. Nach den Bomben von Riad und Dhahran erklärte Bin Laden, dies sei nur "der Anfang des Krieges zwischen den Muslimen und den USA" gewesen.

Die Saudis, die Bin Laden 1994 ausbürgerten, suchen ihn, weil er das Königshaus der Al Saud als korrupt und unislamisch bekämpft, das Land als Kolonie der USA bezeichnet und den Abzug der US-Soldaten erzwingen will, die dort während des Golfkriegs stationiert wurden. Die Regierung Sudans, seiner vorherigen Zuflucht, war schon fast so weit, ihn genauso wie den Topterroristen "Carlos" auszuliefern. Aber Bin Laden bekam noch rechtzeitig Wind davon und siedelte um. Im Mai 1996 landete er mit seinen drei Frauen und den Kindern im eigenen Privatjet in Afghanistan.

In der Substanz tut Bin Laden heute nichts anderes als vor zehn Jahren. Doch damals war er noch im Auftrag des saudischen Geheimdienstchefs Prinz Turki al-Faisal in der pakistanischen Grenzstadt Peshawar tätig, von wo aus er gemeinsam mit der CIA acht Milliarden Dollar an die afghanischen Mujahedin - beziehungsweise auf die Konten ihrer einheimischen Förderer - kanalisierte. Bin Laden unterhielt zu diesem Zeitpunkt ein Hotel als "Durchgangslager" für die islamistischen "Internationalisten", die ihren afghanischen Glaubensbrüdern zur Hilfe geeilt waren. Doch nachdem die Ungläubigen besiegt waren, wendete er sich gegen seine bisherige Geldgeber. Er habe immer gewußt, sagte

er in einem Interview, daß "die Amerikaner die Juden in Palästina unterstützen" und deshalb "unsere Feinde" seien.

Von Afghanistan aus unterstützt Bin Laden weltweit islamistische Terrorgruppen. Bei Khost, südlich von Jalalabad und nahe der Grenze zu Pakistan, soll er Ausbildungslager für sie unterhalten. Im Juni gab er vor pakistanischen Journalisten, so die 'Frankfurter Allgemeine' am 10. August 1998, die Gründung einer "panislamischen" Partei bekannt, der 'Internationalen Islamischen Front'. Ihre Hauptaufgabe sei, neben der notfalls gewaltsamen Unterstützung Iraks, die Vertreibung der US-Truppen aus Saudi-Arabien, wo sie die beiden heiligen Stätten des Islam - Mekka und Medina - besetzt hielten. Dies klingt auch im Namen der Organisation an, die sich zu den Bombenattentaten von Nairobi und Daressalam bekannte: 'Islamische Armee zur Befreiung der Heiligen Stätten'. In ihrer Erklärung gab sie zudem an, sie sei in ihren Taten von Usama Bin Laden "inspiriert".

Zu der islamistischen Terror-Internationale gehören laut 'Frankfurter Rundschau' vom 10. August 1998 neben Bin Ladens eigener Gruppe 'Erleuchtung und Reform' der 'Islamische Jihad' und die 'Gamaa al-islamiya' aus Ägypten, die Vereinigung der Korangelehrten Pakistans ('Jamaat-i-Ulema-i-Pakistan' (JUP)), der 'Jihad' aus Bangladesh sowie die Islamische Befreiungsbewegung aus Kaschmir. Laut 'Neue Zürcher Zeitung' vom selben Tag hätten an dem Treffen Aiman az-Zawaheri, Führer der ersten Stunde des 'Jihad', Munir Hamza, Führer der JUP (möglicherweise eine Verwechslung: nach anderen Angaben ist Munir Hamza einer der Führer der ägyptischen 'Gamaa'), Fadl Abderrahman, Amir der Harakat al-Ansar aus Kaschmir, und Abdessalam Khan, Amir des 'Jihad' von Bangladesh, teilgenommen. Rifai Ahmed Taha von den 'Gamaa al-islamiya' sei "wenige Tage vor den Attentaten (von Nairobi und Daressalam) abgesprungen (...) Taha erklärte seinen Austritt mit dem Festhalten der Gruppe an einer 'Fatwa' (islamisches Rechtsgutachten), die er angesichts der momentanen politischen Entwicklung nicht mehr akzeptieren wollte. Sie war im Mai von Bin Laden bei einer Pressekonferenz in Afghanistan bestätigt worden: "Unsere

'Fatwa' heisst, jeder Muslim wird aufgefordert, Amerikaner zu töten, wo immer er sie findet, und ihre Besitztümer zu plündern. Der Heilige Krieg steht bevor. Die Attentate gegen amerikanische Institutionen werden in einigen Tagen beginnen."

Um vor seinen Verfolgern sicher zu sein, finanziert Bin Laden heute eben die Taleban mit. Als Washingtons UNO-Botschafter Bill Richardson sie im April für seine Friedensinitiative zu gewinnen trachtete, ließ sich Bin Laden demonstrativ an der Seite des geistigen Führers der Bewegung, Mullah Muhammad Omar, beim Freitagsgebet in dessen Hauptquartier Kandahar sehen. Richardson bekam den afghanischen Mullah nicht zu Gesicht und mußte sich mit dessen Stellvertreter begnügen. Der lehnte, als Richardson dies ansprach, aber auch eine Auslieferung Bin Ladens ab. Der sei nunmal ein Gast und genieße Asyl

wegen seiner Verdienste um den "heiligen Krieg" gegen die sowjetischen Kommunisten, und außerdem habe man kein Auslieferungsabkommen mit den USA.

Damals geisterten Gerüchte durch die pakistanische Presse, ein zwölfköpfiges US-Kommando habe in Peshawar Quartier genommen, um Bin Ladens habhaft zu werden, gefolgt von heftigen Dementis in anderen Zeitungen des Landes. Tatsache oder nicht, es ist zurecht davon auszugehen, daß sich Bin Laden nicht ständig auf das konsumfeindliche Taleban-Reich beschränkt, sondern möglicherweise Ausflüge ins benachbarte Pakistan unternimmt.

Von dort aus soll im April auch eine 'Fatwa' gefaxt worden sein, in dem er weltweit weitere Anschläge auf US-Einrichtungen ankündigte. Auch einige Tage vor den Anschlägen von Nairobi und Daressalam soll er sich wieder ähn-

lich zu Wort gemeldet haben.

Aber auch in Afghanistan darf sich Bin Laden nicht zu sicher fühlen. Mit Pakistans Behörden arbeiten die USA inzwischen genauso nutzbringend zusammen wie Frankreich mit den sudanesischen bei der Auslieferung von "Carlos". Nachdem Washington gedroht hatte, das Land auf die Liste der Unterstützer des internationalen Terrorismus zu setzen, entzog Pakistan den dort aktiven arabischen Afghanistan-Söldnern den Schutz. Ihre Einrichtungen wurden geschlossen, viele Kämpfer verhaftet und teilweise abgeschoben. Einige landeten in Ägypten wegen eines Mordversuchs an Präsident Mubarak vor Gericht. Auch Mir Ajmal Kansi, der 1993 vor der CIA-Zentrale in Langley zwei Mitarbeiter des Geheimdienstes erschoss, wurde inzwischen von Pakistan an die USA ausgeliefert und dort verurteilt.

## Wir leben in Hoffnungslosigkeit - Brief afghanischer Frauen

Die Situation der Frauen in Afghanistan unter dem Taleban-Regime wurde von Emma Bonino als Gender-Apartheid bezeichnet. Treffender ist die Ausgrenzung des weiblichen Teils der Bevölkerung aus dem öffentlichen Leben und ihre würdelose Behandlung auch nicht auszudrücken. Nach Aussagen einiger Taleban-Sprecher soll die praktizierte Abschottung nur eine Übergangsphase in der neuen Ordnungsfindung des Landes sein. Ein häufig verwendetes Argument, um die eigene Vorgehensweise zu rechtfertigen ist, daß die Frauen betreffenden Modernisierungsprozesse unter König Zahir Shah nur verschwindend geringe Teile der Bevölkerung in der Stadt erfaßt hätten. Ein Großteil der Frauen habe zu allen Zeiten unter einfachsten Bedingungen abgeschieden auf dem Land, ohne Schul- und Ausbildungsmöglichkeiten gelebt. Nachfolgend veröffentlichen wir im Wortlaut ein Flugblatt afghanischer Frauen im pakistanischen Exil, das der Redaktion übersandt wurde.

"Afghanistans Frauen wollen aber die ihnen aufgezwungenen Lebensbedingungen nicht akzeptieren. Sie klagen ein Regime an, daß ihnen die vollständige Verschleierung auferlegt, sie ohne männliche Begleitung hilflos macht, und in diesem Sommer ein völliges Ausbildungsverbot verhängt hat. Wir im pakistanischen Exil lebenden afghanischen Frauen klagen das Taleban-Regime an, gegen die Rechte der Frauen und damit gegen die Menschenrechte zu verstoßen. Unsere Schwestern in Afghanistan haben zur Zeit keine Möglichkeit, sich Gehör zu verschaffen und Niemanden, der sie vertritt. Wir machen uns zu ihrem Sprachrohr und fordern Freiheit und Demokratie für alle AfghanInnen, ungeachtet des Geschlechts. Die Schreckensherrschaft der Taleban wirkt sich auch auf die Aktivitäten der Frauengruppen in Pakistan aus. Besonders Frauen, die für die RAWA ('Revolutionäre Vereinigung Afghanischer Frauen') aktiv sind, werden von den Taleban bedroht. Bei Protestveranstaltungen der RAWA im Frühjahr kam es in Islamabad und Peshawar zu Zusammenstößen mit Taleban, und eine Reihe von Frauen wurde verletzt. Wir müssen sehr vorsichtig arbeiten und weitestgehend anonym bleiben, um nicht nur uns, sondern auch unsere Familien zu schützen.

Die Nachrichten, die wir von unseren Schwestern in Afghanistan erhalten, sind erschütternd. Sie fühlen sich wie Gefangene im eigenen Haus, sind aus dem öffentlichen Geschehen verbannt, an einen Beitrag zum Einkommen der Familie ist nicht zu denken. Die Familien stehen unter einem großen Druck und die Spannungen sind so stark, da es immer wieder zu Gewaltausbrüchen kommt; die Anzahl der psychischen Erkrankungen und Selbstmorde steigt beständig. Besonders schlecht geht es Familien, die keinen männlichen

Haushaltsvorstand haben, weil Frauen nicht mehr berufstätig sein dürfen. Die Kinder sind unterversorgt, gehen nicht mehr zur Schule. Eine Generation von traumatisierten Analphabeten wächst heran.

In den Dörfern sind die Auswirkungen nicht so gravierend, allerdings beklagen dort auch viele Menschen, daß sie sich kontrolliert und überwacht fühlen. Nachbarn melden moralisches Mißverhalten an Mittelsmänner der Taleban, die die Informationen an die Stützpunkte weitergeben. Aus Angst vor Maßregelungen ist überall der Unterricht für Mädchen eingestellt worden.

Gerade die Landbevölkerung hatte die Taleban zunächst willkommen geheißen, weil sie scheinbar Ruhe und Ordnung brachten und die Bevölkerung entwaffneten. Auch Frauen sprachen sich zunächst für die neuen Machthaber aus, weil sie sich vor Vergewaltigungen und Zwangsheiraten durch selbsternannte Kommandanten und ihre Leute sicher fühlten. Ihre Situation ist vielleicht sicherer, aber inzwischen unerträglich geworden. Das Leben im Exil in Pakistan fiel besonders gebildeten, ehemals berufstätigen Frauen aus Kabul zunächst sehr schwer, weil es ein zurückgezogenes Leben ohne eigene Beschäftigungsmöglichkeiten bedeutete. Verglichen mit den Lebenssituationen unserer Schwestern in Afghanistan fühlen wir uns inzwischen privilegiert.

Gebt den afghanischen Frauen ihre Freiheit und Menschenwürde zurück! Wir dürfen nicht hinnehmen, daß diese Frauen vergessen werden und das die Weltöffentlichkeit angesichts dieser Menschenrechtsverletzungen zur normalen Tagesordnung zurückkehrt. Wir brauchen die Hilfe von Gleichgesinnten in aller Welt!"

(Übersetzung/Bearbeitung: Susanne Thiel)